

Jugendarbeitslosigkeit –  
Situationsanalyse 04 und Massnahmen  
für die Zukunft

**Problemanalyse aus Sicht der öffentlichen  
Verwaltung anhand der Kantone  
Graubünden, Schaffhausen und Zürich**

September 2004

**Franco Fiordeponi, Felix Müller, Willy Roth, Agatha Thürler**

**AMOS A**  
**Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz, Aargau, Zug**

Die Berichterstattung über das Projekt „Jugendarbeitslosigkeit – Situationsanalyse 04 und Massnahmen für die Zukunft“ umfasst neben dem vorliegenden Arbeitsbericht einen zusammenfassenden Schlussbericht und folgende Arbeitsberichte, welche im Internet unter [www.amosa.net](http://www.amosa.net) abrufbar sind:

- Determinanten und regionale Aspekte der Jugendarbeitslosigkeit
- Von der Volksschule auf den Arbeitsmarkt! Merkmale arbeitsloser Jugendlicher
- Problemanalyse und Lösungsansätze aus Sicht von Arbeitgebern
- Protokoll der Zukunftskonferenz START UP!

## Projektorganisation

### Auftraggeber

Verband Schweizerischer Arbeitsämter, Regionalgruppe Ostschweiz:  
Arbeitsamt des Kt. Appenzell Ausserrhoden  
Arbeitsamt des Kt. Appenzell Innerrhoden  
Kant. Arbeitsamt Glarus  
KIGA Graubünden  
Amt für Arbeit St. Gallen  
Arbeitsamt des Kantons Schaffhausen  
Amt für Wirtschaft und Arbeit Kt. Thurgau  
Amt für Wirtschaft und Arbeit Kt. Zürich  
sowie  
Amt für Wirtschaft und Arbeit Kt. Aargau  
Amt für Wirtschaft und Arbeit Kt. Zug

### Steuerungsausschuss

Karl Arnold, Berufsberatung des Kantons Glarus  
Dr. Hermann Engler, Amt für Wirtschaft und Arbeit Kt. Aargau  
Ernst Hügli, Amt für Berufsbildung Zug  
Bruno Leu, Berufsbildungszentrum SIG Georg Fischer  
Walter Plieninger, Arbeitsamt des Kantons Schaffhausen  
Edgar G. Sidamgrotzki, Amt für Wirtschaft und Arbeit Kt. Thurgau (Vorsitz)  
Monika Stadelmann, KABEL: kirchliche anlauf-/beratungsstelle f. lehrlingsfragen

### Projektleitung

Dr. Erika Meins, Michael Morlok (Stellvertretung)

### Projektteam

Josef Birchmeier, Amt für Wirtschaft und Arbeit Kt. Thurgau  
Franco Fiordeponi, Amt für Wirtschaft und Arbeit Kt. Zürich  
Michael Morlok, AMOSA c/o Amt für Wirtschaft und Arbeit Kt. Zürich  
Felix Müller, Arbeitsamt des Kantons Schaffhausen  
Thomas Oegerli, Fachstelle für Statistik St. Gallen  
Willy Roth, KIGA Graubünden  
Agatha Thürler, KIGA Graubünden  
Bernhard A. Weber, seco  
Andreas Weyermann, Amt für Wirtschaft und Arbeit Kt. Zug  
Christian Zimmermann, Amt für Wirtschaft und Arbeit Kt. Aargau

### Kontakt

Projektleitung AMOSA  
c/o Amt für Wirtschaft und Arbeit  
Walchestrasse 19, Postfach  
8090 Zürich  
Tel. 043 259 26 36/77  
kontakt@amosa.net  
www.amosa.net

## Inhaltsverzeichnis

1	Fragestellung und Vorgehen .....	4
	Zielsetzung .....	4
	Methode.....	4
2	Erkenntnisse aus den Interviews .....	5
	Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit .....	6
	Beurteilung der Zwischenlösungen .....	7
	Beurteilung der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen.....	8
3	Schlussfolgerungen.....	9
4	Anhang: Interviewpartner .....	11

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Jugendarbeitslosenquote (15-24-Jährige).....	5
---	---

# 1 Fragestellung und Vorgehen

## **Zielsetzung**

Das Teilprojekt „Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit“ konzentriert sich auf den Übergang von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II.<sup>1</sup> Dieser auch als Schnittstelle I beschriebene Übergang umfasst die Altersgruppe von 15 – 19 Jahren. Die Altersgruppe 20 – 24 Jahre wird im AMOSA Arbeitsbericht „Problemanalyse und Lösungsansätze aus Sicht von Arbeitgebern“ berücksichtigt. Ziel ist es, mittels Experteninterviews möglichst viele Informationen über die Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit zu erhalten. Zudem will man mehr über die zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eingesetzten Massnahmen erfahren.

## **Methode**

Die Durchführung der Interviews erfolgte nach dem Prinzip der Einzelexploration. Die Interviews wurden jeweils mittels eines Leitfadens geführt, der im Gegensatz zu einem strukturierten Fragebogen die Antworten bewusst offen lässt. Diese Technik ermöglicht es, während eines längeren Interviews vertieft die Ansichten von ausgewählten Personen kennen zu lernen.

Als Interviewpartner wurden Personen ausgewählt, die in der Arbeit mit der zu untersuchenden Zielgruppe über grosse Erfahrung und Kompetenz verfügen. Es handelt sich um Vertreter der folgenden Behörden und Institutionen:

- Berufsberatung
- Berufsbildung
- Jugendsozialarbeit und –beratung
- RAV (Regionale Arbeitsvermittlungszentren)

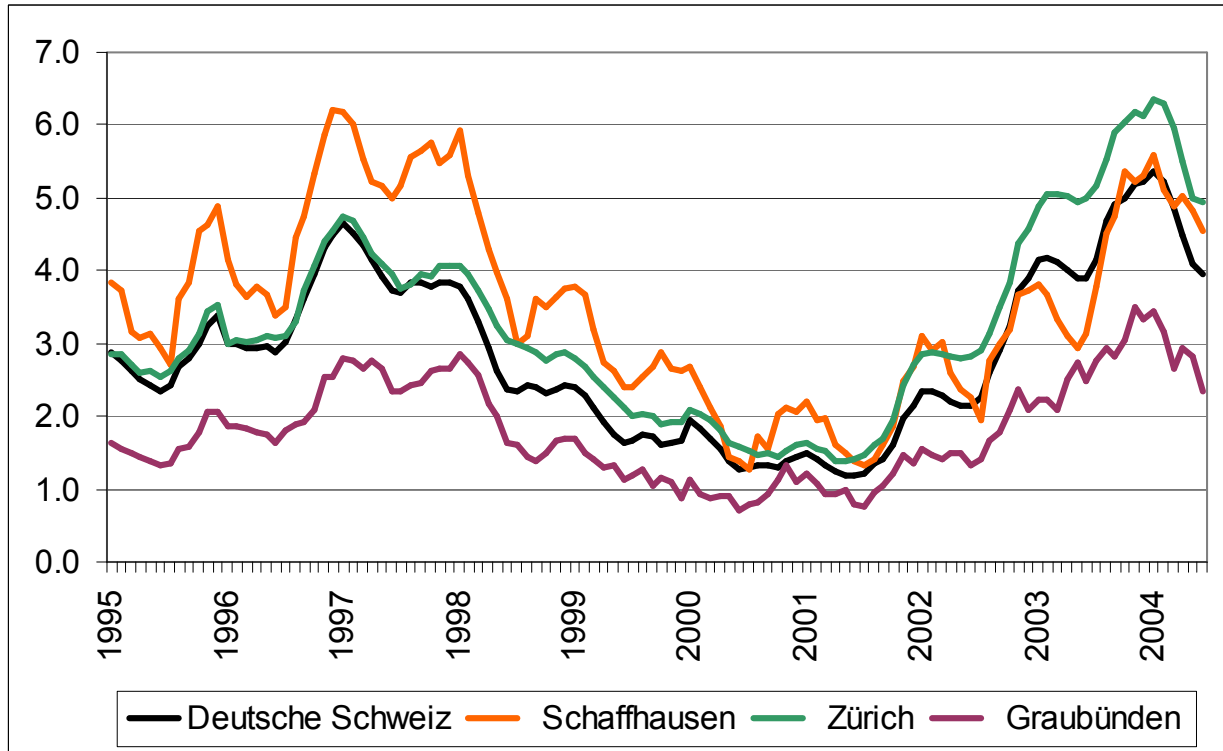
Es wurden Institutionen gewählt, deren Mitarbeitende fachkundige Aussagen zur Altersgruppe 15 – 19 Jahre machen können. Die zu befragenden Personen wurden durch die Mitglieder der Teilprojektgruppe bestimmt.

Die Befragungen wurden in den Kantonen Graubünden, Schaffhausen und Zürich durchgeführt. Die ausgewählten Kantone haben kontrastierende Strukturen (Graubünden: flächenmässig gross mit niedriger Bevölkerungsdichte, Schaffhausen: Grenzkanton, Zürich: hohe Wirtschaftskonzentration). Sie unterscheiden sich ausserdem deutlich bezüglich dem Verlauf des Ausmasses an Jugendarbeitslosigkeit in den letzten Jahren (siehe Abbildung unten).

---

<sup>1</sup> Die Sekundarstufe II umfasst die Maturitätsschulen, Diplommittelschulen, sowie die Berufsschulen. Siehe auch Abbildung 1 im AMOSA Arbeitsbericht „Von der Volksschule auf den Arbeitsmarkt! Merkmale arbeitsloser Jugendlicher“.

Abbildung 1: Jugendarbeitslosenquote (15-24-Jährige)



Im Vergleich zur Deutschen Schweiz weist der Kanton Schaffhausen in den 90er Jahren eine überdurchschnittlich hohe Quote auf, welche sich ab 2000 an den Deutschschweizer Schnitt angleicht. Im Gegensatz dazu verläuft die Entwicklung des Kantons Zürich in den 90er Jahren etwa gleich wie der Deutschschweizer Schnitt, seit 2001 bewegt sich die Zürcher Quote auf ungefähr ein Prozent höherem Niveau. Die Jugendarbeitslosenquote des Kantons Graubünden schliesslich verläuft im Vergleich zur Deutschschweiz kontinuierlich auf bedeutend niedrigerem Niveau.

Als Gesprächsleitfaden dienen die folgenden Fragen:

- Was sind Gründe für die Jugendarbeitslosigkeit in Ihrem Kanton?
- Wie beurteilen Sie die bestehenden Zwischenlösungen?
- Wie beurteilen Sie die Qualität der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen, die auf dem Gebiet Jugendarbeitslosigkeit arbeiten?

Diese Themen wurden ausgewählt, weil sie von zentraler Bedeutung für das Verständnis des Phänomens sind und wichtige Hinweise geben, wo Verbesserungen ansetzen müssen.

## 2 Erkenntnisse aus den Interviews

Die Aussagen der Interviewpartner sind häufig auffallend übereinstimmend. Aus Gründen der Leserlichkeit wird der Text im Folgenden so gestaltet, dass die Aussagen, die von einer Mehrheit der Befragten der drei Kantone getragen werden, nicht weiter gekennzeichnet ist. Kantonsspezifische Besonderheiten und Einzelvoten werden im Bericht speziell erwähnt.

## **Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit**

### **Wachsender Druck auf Jugendliche von Seiten der Wirtschaft**

Eine Mehrheit der Befragten ist der Meinung, dass der Druck auf die Jugendlichen von Seiten der Betriebe zugenommen hat. Von vielen Unternehmungen kann die eingehende Flut an Bewerbungen nicht mehr bewältigt werden. Es werden für die Selektion vermehrt Tests beigezogen und Massstäbe höher angesetzt.

Es wird auch von mehreren Befragten beobachtet, dass sich Firmen vermehrt von der Lehrlingsausbildung zurückziehen. Immer weniger Firmen wären bereit, für 4 Jahre einen Lehrling einzustellen. Dies auch aufgrund der zunehmenden Komplexität der Lehrpläne, die teilweise nur noch mit Lehrverbänden gemeistert werden können.

Während von einer Interviewteilnehmerin beklagt wird, dass die Wirtschaft die gleichen Bedingungen wie bei den Erwachsenen stellt (die natürlichen Entwicklungsphasen der Jugendlichen würden nicht berücksichtigt), glaubt ein anderer Befragter, dass jugendlichen Arbeitslosen häufig die Motivation und der Durchhaltewille fehle. Ausserdem wäre die Hemmschwelle für einen Lehrabbruch heute tiefer.

### **Sozioökonomische Schichten- statt Ausländerproblematik**

Viele Jugendliche, die sich bei den RAV anmelden, sind mangelhaft auf den Übertritt in die Sekundarstufe II vorbereitet. Insbesondere betroffen sind MigrantInnen, wobei nicht gemeinhin von „den Ausländern“ gesprochen werden kann. Vielmehr könnte das Problem als Schichtenproblem bezeichnet werden, bestimmt durch den sozialen Status und den Integrationsgrad der betroffenen Jugendlichen. Durch die starke Zunahme des Familiennachzugs aus Nicht-EU-Staaten gegen Ende der 90er Jahre überwiegt diese Gruppe bei den Jugendlichen ohne Sekundarstufe II-Anschluss.<sup>2</sup>

Als sozial gefährdet (Kriminalität, Drogen, zerrüttete Familie, Verweigerung und weitere Probleme) wird zunehmend auch die Gruppe der Volksschul-„Drop Outs“ wahrgenommen. Obwohl die Lösung dieser Probleme nicht direkt eine Aufgabe der Arbeitsmarktbehörde ist, kann eine gezielte Zusammenarbeit zwischen den Institutionen viel erreichen, um die längerfristig enormen Kosten für die Gesellschaft zu vermeiden. Ein Befragter meint, dass die Erfahrung gezeigt habe, dass nach einem Jahr ohne Arbeit oder Perspektive die inneren Strukturen zerfallen und nach zwei Jahren die meisten Jugendlichen nicht mehr vermittlungsfähig sind.

### **Neues Berufsbildungsgesetz wird begrüsst, aber zusätzliche Benachteiligung schulschwacher Jugendlicher befürchtet**

Von allen Befragten wird das neue Berufsbildungsgesetz (BBG) begrüsst, welches eine kontinuierliche, nicht in sich abgeschlossene Ausbildung ermöglicht (sog. Attestausbildung). Es wird jedoch befürchtet, dass für schulisch sehr schwache Jugendliche der Zugang in die Sekundarstufe II zusätzlich erschwert wird. Allerdings kann nach Art. 12 des BBG auch diese Gruppe unterstützt werden.<sup>3</sup>

Das neue BBG stellt auch an potentielle Lehrbetriebe, insbesondere KMU, höhere Anforderungen und macht die Ausbildung aufwändiger. Dies, so wird befürchtet, könnte die Bereitschaft, Lehrstellen zu schaffen, beeinträchtigen. Hier wird angeregt,

---

<sup>2</sup> siehe auch Bundesamt für Statistik (2003): Wege in die nachobligatorische Ausbildung – Zwischenergebnisse des Jugendlängsschnitts TREE.

<sup>3</sup> Art. 12 des BBG: „Die Kantone ergreifen Massnahmen, die Personen mit individuellen Bildungsdefiziten am Ende der obligatorischen Schulzeit auf die berufliche Grundbildung vorbereiten.“

Lehrbetriebsverbände zu schaffen, mit denen die Ausbildungsbereitschaft potentieller Lehrbetriebe erhalten oder sogar erhöht werden könnte.

### **Wunschberufe**

Trotz Jugendarbeitslosigkeit bleiben viele Lehrstellen unbesetzt. Dies trifft für alle Kantone zu, aber in Graubünden wurde dieses Phänomen von den Interviewpartnern speziell betont. Angebot und Wunschberuf klaffen oft auseinander, der Wunschberuf ist nicht mehr für Jede und Jeden greifbar. Die Jugendlichen müssen deshalb von der Wichtigkeit einer realisierbaren Erstausbildung überzeugt werden.

### **Kantonale Unterschiede auf Basis von Bevölkerungsdichte, Grenznähe und Strukturwandel**

Im Kanton *Graubünden* ist die Jugendarbeitslosigkeit bei den Schulabgängern angestiegen. Der Anstieg wird bisher jedoch nicht als dramatisch wahrgenommen. Der Grund ist einerseits, dass in ländlichen Regionen die Selbsthilfe resp. das Beziehungsnetz viel stärker zum Tragen kommt. Andererseits liegt in ländlichen Gegenden auch die Hemmschwelle, sich arbeitslos zu melden, höher. Schulabgänger und Lehrabbrecher versuchen zunächst, selbst eine Lösung zu finden. Kommt dazu, dass sozial auffällige Jugendliche oftmals von ländlichen Gegenden nach Chur und von dort in grössere Ballungszentren ausserhalb des Kantons abwandern, um in die Anonymität zu flüchten.

Die Befragten im Kanton *Schaffhausen* glauben, dass die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in Schaffhausen auf den Wandel vom Industrie- zum Dienstleistungsstandort zurückzuführen ist. Ein Interviewpartner meint, dass durch den Wohnungsleerbestand in einem überdurchschnittlichen Masse Sozialhilfeempfänger aller Altersklassen angezogen würden.

Für den Kanton *Zürich* mit seinem hohen Urbanisierungsgrad trifft die Tatsache besonders zu, dass ein tiefer sozioökonomischer Status und ein städtisches Umfeld das Risiko, keine nachobligatorische Ausbildung zu absolvieren, stark erhöhen. Die schwache Entwicklung der in der Stadt und im Kanton Zürich stark vertretenen Branchen (z.B. des Finanzdienstleistungssektors) in den letzten Jahren hat einen Rückgang des Lehrstellenangebots sowie eine Erhöhung der Anforderungen an die Lehrlinge zur Folge.

### **Beurteilung der Zwischenlösungen**

Die verschiedenen Zwischenlösungen (siehe unten) werden von den meisten Befragten als positiv bewertet, die Vielfalt wird begrüsst. Alle Typen von Zwischenlösungen (auch Brückenangebote genannt) hätten ihre Berechtigung. Ein Interviewteilnehmer bemängelt die Theorielastigkeit der 10. Schuljahre, welche die bereits bestehende Schulmüdigkeit steigern. Mehrmals erwähnt wurde, dass die 10. Schuljahre nicht als Auffangbecken missbraucht werden dürfen. Ein Interviewpartner meint, dass bei Schülern, die sich bezüglich ihrer Berufswahl noch nicht sicher sind und die bereit sind, die Schulbank ein weiteres Jahr zu drücken, ein 10. Schuljahr ideal ist.

### **Die gängigsten Zwischenlösungen**

- 10. Schuljahr
- Motivationssemester
- Sprachschule, schulischer Auslandsaufenthalt
- Praktikum, Stage, Sozialjahr
- Au Pair, Vorlehre

Die am häufigsten genutzten Zwischenlösungen sind das 10. Schuljahr und/oder ein Motivationssemester. Sie erfüllen eine Orientierungsfunktion oder unterstützen die Jugendlichen in erster Linie beim Kompensieren von schulischen Defiziten.

Jugendliche mit Migrationshintergrund sind in den Motivationssemestern überdurchschnittlich vertreten. Ziel ist es, den Weg in die Sekundarstufe II zu finden.

Ein anderer Befragter meint, dass die Bereitschaft der Arbeitgeber, Teilnehmende aus Brückenlösungen aufzunehmen, am Sinken sei. Ein Grund ist der wachsende Konkurrenzdruck auf die Unternehmen.

Die Motivationssemester werden als Notlösung betrachtet, da Qualifizierungsinstrumente der Arbeitslosenversicherung erst dann angewendet werden sollen, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft wurden und keinen Erfolg erzielt haben. Als besonderer Vorzug der Motivationssemester wird hervorgehoben, dass sie vom Konzept her einen direkten Bezug zum Arbeitsmarkt suchen. Ihre Praxisnähe wird von allen Befragten als Vorteil herausgestrichen.

Ein Befragter bemerkt, dass es eine Anzahl Jugendliche gibt, bei denen das Motivationssemester bereits zu hohe Ansprüche stellt. Es sei daher allgemein zu überlegen, was für Jugendliche mit schwachen schulischen und übrigen Leistungen unternommen werden kann.

Wichtig bei allen Zwischenlösungen ist, dass bei fehlendem Anschluss an die Sek. I sofort reagiert werden muss. Es gibt nicht **die** Systemlösung, vielmehr muss das Problem individuell angegangen werden, d.h. die richtige Massnahme für die richtige Person.

### **Mentoring**

Ein interessanter Ansatz, der relativ neu ist und für mehrere Befragte vielversprechend tönt, ist das sogenannte „Mentoring“. Personen mit grosser Berufserfahrung (Mentor/Mentorin) begleiten und fördern eine jugendliche Person auf dem Weg von der Sek. I in die Sek. II (Mentee) kostenlos auf freiwilliger Basis, in der Regel während 6 – 12 Monaten. Im Kanton Zürich laufen zur Zeit derartige Projekte unter den Namen „Patron“ (Bezirk Bülach) und „Incluso“ (Caritas).

### **Beurteilung der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen**

In der Schweiz besteht eine Vielzahl von Zwischenlösungen. Will man diese nutzbringend einsetzen, ist eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen den Akteuren Wirtschaft - Berufsbildungsbehörde – Arbeitsmarktbehörde unumgänglich. Die Zusammenarbeit zwischen diesen Institutionen wird von allen Befragten als gut eingeschätzt. Ein Befragter meint, dass die Dringlichkeit des Themas sich positiv auf die Qualität der Zusammenarbeit ausgewirkt habe. Die Möglichkeiten für die Schaffung von Synergien seien jedoch noch längst nicht ausgeschöpft.

Um die Problematik Jugendarbeitslosigkeit ganzheitlich anzugehen, ist der Kontakt mit allen Akteursgruppen wichtig. Von Befragten wird wiederholt erwähnt, dass ein verstärkter Einbezug der Volksschule begrüsst würde. Eine Interviewpartnerin erwähnt, dass sie die Erfahrung gemacht habe, dass die Zusammenarbeit nicht erwünscht werde. Ein weiterer Befragter hingegen spricht von einer guten Zusammenarbeit.

Grundsätzlich ist bei allen Befragten die Einsicht vorhanden, dass eine solche Kooperation richtig und wichtig ist. Auch geschieht vieles bereits auf informeller Ebene. Im Kanton Zürich wurden in den Bezirken sogenannte Berufsbildungsforen ins Leben gerufen, in denen die Volksschule, die Berufsbildung sowie die Wirtschaftsverbände vertreten sind. Allerdings besteht bei lokalen Gremien immer die Gefahr der Politisierung der Themen.

Der Vorteil von informellen Kontakten ist unbestritten, leider sind sie meist auf Personen bezogen und haben keine institutionelle Basis. Hier besteht die Gefahr, dass beim Weggang der betreffenden Person viel Erarbeitetes wieder verloren geht. Darum ist es wichtig, dass die Führungsgremien der involvierten Ämter eine solide Basis legen für eine behördenübergreifende Zusammenarbeit, die kontinuierlich und nicht von einzelnen Persönlichkeiten abhängig ist. Ein gutes Beispiel dafür ist die durch das Mittelschul- und Berufsbildungsamt des Kantons Zürich ins Leben gerufene Arbeitsgruppe „Harmonisierung der Brückenangebote“, in der Anbieter von Brückenangeboten, Arbeitgeber, das Volksschulamt und die Arbeitsmarktbehörde vertreten sind.

### 3 Schlussfolgerungen

Das Ziel dieses Teilprojektes war es, die spezifischen Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit anhand einer Problemanalyse in drei ausgewählten Kantonen zu ermitteln sowie zu einer Beurteilung der bestehenden Brückenangebote zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu gelangen. Die wichtigsten Resultate werden im folgenden in Thesenform wiedergegeben.

- Die Einführung von standardisierten Tests machen es für gewisse Gruppen von Lehrlingen fast unmöglich, eine Lehrstelle zu finden.
- Unternehmen haben in der heutigen schnelllebigen Zeit Hemmungen, sich für vier Jahre an einen Lehrling zu binden.
- Die Herausforderungen des neuen Berufsbildungsgesetzes lassen sich mit Lehrverbänden besser meistern.
- Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit sind Jugendliche kaum, nach zwei Jahren praktisch nicht mehr vermittelbar. Bei fehlender Anschlusslösung muss deshalb sofort reagiert werden.
- Es gibt unbesetzte Lehrstellen. Schwer vermittelbare Jugendliche müssen dazu gebracht werden, ihren Suchhorizont zu öffnen.
- Das 10. Schuljahr wird zu häufig als Auffangbecken missbraucht und hat bei Arbeitgebern einen zunehmend schlechten Ruf, u.a. wegen fehlendem Praxisbezug.
- Generell gilt Praxisnähe als wichtiger Erfolgsfaktor bei Brückenangeboten.
- Es braucht ein noch niederschwelligeres Angebot (d.h. eines mit tieferen Ansprüchen) als das Motivationssemester.
- Mentoringprogramme gelten als neuer, erfolgsversprechender Ansatz.
- Die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen muss verbessert werden, insbesondere verstärkter Einbezug der Volksschule, sowohl auf dezentraler als auch auf zentraler Ebene.

Handlungsbedarf ergibt sich aufgrund der Ergebnisse dieser Untersuchung vor allem in den folgenden fünf Bereichen:

### **Migration – Integration – Wirtschaftsseitige Akzeptanz?**

In den untersuchten Kantonen und dabei vor allem in Ballungszentren werden seit Jahren Bestrebungen seitens diverser öffentlicher Stellen unternommen, um die Integration von MigrantInnen zu fördern. Nach wie vor hängt jedoch gerade die Chance für einen Berufsbildungsplatz dieser Jugendlichen stark von Einzelinitiativen aus der Wirtschaft ab. Wichtig wäre ein stärkerer, flächendeckender Einbezug der Wirtschaftsvertreter bei Integrationsaufgaben.

### **Volksschule – an der Realität der Wirtschaft vorbei?**

Aufgrund der in den Interviews erhobenen Tatsache, dass die Berufswünsche der Jugendlichen mit dem Angebot an Lehrstellen in der Wirtschaft erheblich auseinanderklaffen, zeichnet sich ein Handlungsbedarf ab, die weniger „gefragten“ Berufsausbildungen wie z.B. handwerkliche und gastronomische Berufe einerseits seitens der Wirtschaft attraktiver zu gestalten. Andererseits sollte bereits in der Volksschule das Interesse für diese Berufszweige bei den Jugendlichen vermehrt geweckt werden. Die Lehrpläne der Volksschule sollten in den letzten beiden Schuljahren, vor allem aber im 10. Schuljahr mehr an der Realität der Wirtschaft angepasst werden. Hier muss Praxisbezug geschaffen werden.

### **Reform Berufsbildung – Ausgrenzung der schulisch Schwächsten?**

Die Reformen im Berufsbildungsbereich werden einerseits von allen Befragten begrüsst. Andererseits bestehen erhebliche Bedenken, ob mit der „Verschulung“ der Berufsbildung gerade in vormals klassischen Berufen für eher schulschwächere Jugendliche nicht die Chancen auf eine Berufsausbildung (3-4-jährige Lehre) stark eingeschränkt werden. Da die Reformen erst seit 2004 umgesetzt werden, wird sich die konkrete Auswirkung erst in den kommenden Jahren zeigen. Es ist wichtig, dass auf diese mögliche negative Auswirkung gerade während den Umsetzungsjahren ein besonderes Augenmerk gelegt wird. Im Notfall muss genügend Spielraum bestehen, um flexible und rasch umsetzbare Korrekturmöglichkeiten einzusetzen.

### **Brückenangebote – Auffangbecken für Unmotivierte?**

Oft sind es unentschlossene und unmotivierte Jugendliche, welche sich in einem Brückenangebot (vorwiegend dem Motivationssemester) wieder finden. Es besteht die Gefahr, dass durch ein zu breites Angebot an derlei Alternativplätzen die Jugendlichen zu wenig in ihrer Entscheidungsfreudigkeit und -fähigkeit gefördert werden. Die seitens der Wirtschaft durchwegs positive Akzeptanz der Motivationssemester (dank Praxisbezug) muss beibehalten werden.

### **Zusammenarbeit – ohne Vernetzung zu Wirtschaft und Volksschule?**

In den Jahren 2003 / 2004 wurde in allen Kantonen des Beobachtungsraumes eine Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) verschiedener Partnerorganisationen in den Bereichen Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung und Sozialhilfe zur Verhinderung der Ausgliederung aus dem Erwerbs- und Gesellschaftsleben institutionalisiert. Bei der Integration Jugendlicher in die Arbeitswelt würde eine analoge Institutionalisierung der Kooperation der Partner ebenfalls die Wirksamkeit der verschiedenen Instrumente stärken. Sehr wichtig wäre bei einer solchen Institutionalisierung, dass flächendeckend Wirtschaftsvertreter wie auch die Volksschulen (v.a. 10. Schuljahr) miteinbezogen werden.

## 4 Anhang: Interviewpartner

Das Projektteam dankt den Interviewpartnern für Ihre Gesprächsbereitschaft.

### Schaffhausen

Herr Dr. W. Bernath	Leiter Berufsinformationzentrum	09.02.2004
Herr B. Schmocker	Leiter städtisches Sozialamt	13.02.2004
Herr Dr. E. Schläpfer	Direktor des Gewerblichen Berufsbildungszentrums	24.02.2004
Frau B. Zirelli	Leiterin RAV	25.02.2004

### Graubünden

Frau R. Wiesendanger	Amtvorsteherin Amt für Berufsbildung	02.02.2004
Herr T. Stecher	Berufsberater Berufsinformationszentrum	19.02.2004
Herr S. Stäbler	Personalberater RAV	19.02.2004
Frau M. Gansner	(Jugend-) Drogenberatungsstelle SoA	20.02.2004

### Zürich

Frau M.-H. Birchler	Leiterin RAV	30.01.2004
Herr E. Giezendanner	Leiter Berufsinformationszentrum	30.01.2004
Herr M. Wolfer	Leiter „Nahtstelle“ (Non-Profit-Beratungs- stelle für Jugendliche)	03.02.2004
Herr Dr. L. Schucan	Fachstelle Förderung und Integration Mittelschul- und Berufsbildungsamt	06.02.2004
Herr A. Cabalzar	Pfarrer in Erlenbach	18.02.2004